

20 Jahre nach Beendigung des an Umfang und Opfern schwersten Krieges in der Geschichte der Menschheit steht vor uns erneut die Gefahr eines neuen, in seinen Auswirkungen noch furchtbareren Krieges.

Vor wenigen Tagen hat der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland an alle nationalen und friedliebenden Kräfte in ganz Deutschland appelliert, der gefährlichen Entwicklung in Westdeutschland, der provokatorischen und aggressiven Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus und seines Machtinstrumente – der Erhard-Regierung – alle Kräfte entgegenzustellen.

Es geht im wahrsten Sinne des Wortes um die Rettung der deutschen Nation.

Zweimal in den letzten 50 Jahren wurden die Völker Europas vom deutschen Monopolkapital in einen Krieg gezerzt. Im ersten Weltkrieg ging es um den „Platz an der Sonne“ und im zweiten Weltkrieg um die „Neuordnung in Europa“. Jetzt macht das westdeutsche Monopolkapital seine politischen Machtansprüche erneut geltend. Unverblümt haben westdeutsche Politiker während der Wahlvorbereitung zum westdeutschen Bundestag erklärt: Es gehe ihnen darum, ihre ökonomische Stärke mit politischer Vermachtstellung zu paaren.

Jedoch ist die heutige Zeit nicht mehr zu vergleichen mit 1914 oder 1939. Heute gibt es mächtige Friedensfaktoren, die dem Machtstreben des westdeutschen Monopolkapitals entgegenstehen. Das sozialistische Lager ist politisch, ökonomisch und auch militärisch jederzeit in der Lage, jedem Aggressor die gebührende Antwort zu erteilen und ihn auf seinem eigenen Gebiet zu vernichten. Das wurde durch das Herbstmanöver „Oktobersturm“ eindeutig bewiesen.

Das Haupthindernis für das westdeutsche Monopolkapital sind die Existenz und die wachsende und ökonomische Stärke der DDR, ihr zunehmender Einfluß auf Westdeutschland. Darum richtet sich der besondere Haß und der hauptsächlichste Angriff der westdeutschen Imperialisten gegen die DDR mit dem Ziel, sie zu vernichten, in den Machtbereich des westdeutschen Monopolkapitals einzuverleiben, um danach weiter gegen die sozialistischen Länder vorzugehen.

Die Gefahr der Kriegsabenteuer durch Westdeutschland ist groß, und niemand sollte sie unterschätzen. Die Bundesrepublik ist heute der einzige Staat, der revanchistische Gebietsforderungen an seine Nachbarn stellt, und jeder sollte sich darüber im Klaren sein, daß sie bereit und gewillt ist, diese Forderungen

mit Hilfe eines Atomkrieges durchzusetzen.

Uns als Deutsche Demokratische Republik wie auch der westdeutschen Bevölkerung obliegen die Verantwortung und die Aufgabe, alles zur Verhinderung jeglicher Kriegsabenteuer zur Rettung der deutschen Nation zu tun.

Am 5. Mai 1965 hat die Volkskammer der DDR aus Anlaß des 20. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus das „Manifest an das deutsche Volk und an die Völker und Regierungen der Welt“ verabschiedet. Dieses Manifest ist die Bilanz der Entwicklung der vergangenen 20 Jahre in der Deutschen Demokratischen Republik und in ganz Deutschland. Es gipfelt in der Feststellung, daß die DDR heute mit Fug und Recht sagen kann, sie allein spricht im Namen und im Interesse der ganzen deutschen Nation, im Namen der Freundschaft mit allen Völkern.

Wir als Deutsche Demokratische Republik haben eine nationale Mission zu erfüllen, deren hauptsächlichster Inhalt darin besteht, dafür zu kämpfen, daß nie mehr von Deutschland aus ein anderes Volk angegriffen wird, daß nie mehr in Europa ein Krieg ausbrechen wird und daß der Geist der Verständigung zwischen den Völkern siegt. Europa soll anstatt eines Kontinentes der Kriege und der Katastrophen ein Kontinent des Friedens, der Sicherheit und der friedlichen Arbeit werden.

Das ist die Politik der Deutschen Demokratischen Republik, die wir der aggressiven, revanchistischen Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland sowie dessen schon oft ad absurdum geführten „Alleinvertretungsanspruch“ entgegenstellen. Das ist eine marxistisch-leninistische Politik, die den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung, den Interessen der Menschheit und den Interessen der ganzen deutschen Nation entspricht.

Oft wird die Frage gestellt: Woraus leitet die Deutsche Demokratische Republik und besonders die Arbeiterklasse als die führende Kraft in unserem Staat im Bündnis mit den Werktätigen und allen Schichten der Bevölkerung das Recht ab, im Namen der ganzen deutschen Nation zu sprechen?

Es gibt Menschen, die formal die beiden deutschen Staaten gegenüberstellen und dabei zu dem Schluß kommen, daß doch die Bundesrepublik der größere Teil Deutschlands sei, sowohl flächenmäßig als auch von der Einwohnerzahl her. Das verleitet sie, daran zu zweifeln, daß wir als DDR und als Arbeiterklasse eine nationale, historische Mission zu erfüllen haben, im Interesse der deutschen Nation und im Interesse des Friedens.

So zu urteilen heißt doch, die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Gesellschaft, ihre